

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Bg., die Reklamezeile 40 Bg. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konfuzen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Bezugspr.: Monatl. d. Post M 1.20 einschl. 18 S. Beförd.-Geb., zu 36 S. Zustellungsgeb.; d. Bg. M 1.40 einschl. 20 S. Austrägergeb.; Einzeln. 10 S. Bei Nichterscheinen der Zeit. inf. höh. Gewalt od. Betriebsstör. besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitg. / Telegr.: „Tannenbl.“ / Tel. 321.

Nummer 231

Altensteig, Mittwoch, den 4. Oktober 1933

56. Jahrgang

Revolveranschlag auf Dollfuß

Dollfuß leicht verletzt — Der Täter ein entlassener Gefreiter

Wien, 3. Okt. Auf Bundeskanzler Dr. Dollfuß wurde am Dienstag ein Anschlag verübt, bei dem er durch zwei Schüsse leicht verwundet wurde. Der Anschlag geschah beim Parlament als sich der Bundeskanzler zu den Beratungen des großen christlich-sozialen Klubs begeben wollte. Der Missetäter ist verhaftet worden.

Der Täter ein entlassener Gefreiter.

Wien, 3. Okt. Der Mann, der den Anschlag auf den Bundeskanzler Dollfuß verübte, ist ein entlassener Gefreiter des Bundesheeres. Er stand, als der Bundeskanzler eintraf, neben einigen anderen Witzstücken auf dem Korridor des Parlaments. Als Dr. Dollfuß an ihm vorüberging, versuchte er, ihm eine Witzschrift zu überreichen, die ihm der Dr. Dollfuß begleitende Kriminalbeamte abnahm. Der Mann trat hierauf einige Schritte zurück und gab auf den Bundeskanzler zwei Schüsse ab.

Der Hergang des Anschlages

Wien, 3. Okt. Nach einer Sitzung der Christlich-Sozialen gegen 2.30 Uhr war der Bundeskanzler Dr. Dollfuß im Begriff, fortzugehen, und sprach noch im Vestibül des Parlaments vor der Portierloge mit Handelsminister Stodinger und einigen christlich-sozialen Abgeordneten, als ein Mann auf ihn zutrat und ihm mit der linken Hand ein Schreiben überreichte und zugleich die rechte Hand hinter dem Rücken vornahm und zwei Schüsse auf ihn abgab. Der erste Schuss aus dem Revolver, Kaliber 6, traf den Bundeskanzler am rechten Oberarm, der andere gegen die Brust gerichtete Schuss prallte aber ab. Das Geschoss wurde dann auf dem Boden des Vestibüls gefunden. Dr. Dollfuß trat sofort in die Portierloge zurück, wo er mit den Worten: „Ich glaube, ich bin durchschossen worden“, Kopf und Weste öffnete. Unterhalb des rechten Oberarms zeigte sich ein großer Blutpfad. Dr. Dollfuß sagte hierauf: „Wir brauchen aber kein Rettungswagen. Fahren Sie mich sofort auf die Klinik Dr. Dent und verständigen Sie den Dr. Lomanek (einen Jugendfreund); machen Sie kein Aufsehen!“

Der Täter ist ein entlassener Gefreiter des Bundesheeres. Nach der Tat kürzten sich sofort die anwesenden Abgeordneten auf ihn und verprügelten ihn heftig. Die Polizei führte ihn dann auf die nächstgelegene Wachtube. Sogleich nach dem Anschlag erschien auch der Vizekanzler Fey im Parlament.

Auf der ersten Anfallstation, wohin Bundeskanzler Dollfuß sofort nach dem Vorfall gebracht wurde, wurde eine Röntgenaufnahme gemacht, die folgenden Befund ergab: Der erste Schuss kreuzte die linke Brustseite, hat den Kopf durchschlagen, das Hemd aber nicht mehr beschädigt und hat auch keine Verletzung zur Folge gehabt. Der zweite Schuss war ein Streifschuss, der den rechten Oberarm getroffen hat. Das Geschoss ist aber nur leicht unter der Haut verlaufen, ohne Nerven oder Gefäße zu verletzen. Nach der vorgenommenen Röntgenaufnahme hat der Bundeskanzler den Vizekanzler Fey und den Sozialminister Schmidt empfangen. Das Befinden des Bundeskanzlers ist verhältnismäßig gut. Der Bundeskanzler hat sich nach Anlegung eines Verbandes in seine Wohnung begeben. Von dort aus wird er auch weiterhin vorläufig die Regierungsgeschäfte führen.

Der Täter Mitglied des marxistischen Wehrverbandes

Wien, 3. Okt. Nach Mitteilung der Polizei ist der Mann, der auf Dollfuß schoss, ein ehemaliger Gefreiter des Bundesheeres namens Dertil. Er ist 22 Jahre alt und in Wien geboren. Gewöhnlich ist er arbeitslos. In seinem ersten Verhör erklärte der Missetäter, kein Nationalsozialist zu sein, sondern dem sozialdemokratischen Wehrverband als Mitglied angehört zu haben. Man nimmt vorläufig an, daß der Grund zur Tat die Rache wegen der Entlassung aus dem Bundesheer gewesen ist. Auf die Frage, warum er das Attentat begangen habe, erwiderte er, daß er auf einen Mann habe aufmerksam machen wollen, dem er die Fähigkeit zutraue, Oesterreichs Führer zu sein. Auf die weitere Frage, ob er den Bundeskanzler töten wollte, jagte Dertil, daß das nicht seine Absicht war; er könne aber nicht verhehlen, daß bei einem Attentat mit einer solchen Möglichkeit gerechnet werden müßte.

Aus dem weiteren Verhör des Attentäters Dertil ergibt sich, daß der Anschlag von langer Hand vorbereitet gewesen ist. Schon in den letzten Tagen hatte Dertil mehrfach den Versuch gemacht, den Bundeskanzler zu erreichen, doch vergeblich. Am Dienstag lauerte er gegen 8 Uhr dem Bundeskanzler bei dessen Wohnung auf, traf ihn aber nicht an. Noch ein zweites Mal erlief er im Laufe des Vormittags vor dem Wohnhause, ebenfalls ohne Erfolg. Dann begab er sich zum Bundeskanzleramt am Rathausplatz, um dort unter dem Vorgeben der Uebertreibung eines Geschwornen Bundeskanzler vorzubringen.

Der Attentäter war als 18jähriger beim Zentralverband der Hausbesitzer, der den Christlich-Sozialen nahesteht, als Laufjunge angestellt und arbeitete dort zwei Jahre. Die Auskünfte

über ihn sind günstig. Dann trat er in das Bundesheer ein und zwar in das Infanterieregiment Nr. 3. Vor etwa neun Monaten suchte er den Vorsitzenden des Zentralverbandes, Moisl, auf und erzählte ihm, es gefalle ihm beim Bundesheer nicht mehr. Er wolle sich eine Zivilanstellung suchen und Schneider werden. Kurze Zeit darauf erschien er wieder bei Moisl und sagte ihm, der Schneiderberuf eigne sich doch nicht für einen ehemaligen Heeresangehörigen. Er wolle Fortschreiber werden. Moisl machte ihm Vorhaltungen darüber, daß er seine Pläne fortwährend ändere, so daß man mit ihm ernstlich gar nicht reden könne und gab ihm noch gute Ratschläge.

Vizekanzler Fey über den Anschlag auf Dollfuß

Wien, 3. Okt. Vizekanzler Fey machte abends persönlich durch Radio der Öffentlichkeit Mitteilung über den Anschlag auf Bundeskanzler Dr. Dollfuß; er erwähnte dabei, daß der 25jährige Täter Rudolf Dertil drei Jahre lang bis zum Mai 1933 dem Bundesheer angehört habe. Ueber die Gründe des Ausschusses enthielt sich der Vizekanzler einer Äußerung und erklärte nur, daß die polizeiliche Untersuchung über die näheren Zusammenhänge im Gange sei. Vizekanzler Fey teilte über das Befinden des Bundeskanzlers, der eine Kompressinjektion erhalten habe, mit, daß die Verletzungen leichter Natur sind und daß der Bundeskanzler in wenigen Tagen wieder im Kanzleramt werde amtierten können.

Ein Ministerrat, der um 4.30 Uhr von ihm einberufen worden war, habe sich mit dem Attentat beschäftigt und seiner Freude und Genugtuung für das Mäßigen des Anschlages auf den Kanzler Ausdruck gegeben, der durch Gottes Fügung der Gefahr entronnen sei. Der Ministerrat habe dem Bundeskanzler seiner geschlossenen und unentwegten Gefolgschaft versichert.

Der deutsche Außenminister an Bundeskanzler Dollfuß

Berlin, 3. Okt. Reichsminister Freiherr von Neurath hat dem österreichischen Bundeskanzler Dollfuß anlässlich des auf ihn verübten verbrecherischen Anschlages seine aufrichtigsten Wünsche für die glückliche Errettung aus Tod und Gefahr ausgesprochen.

Englische Sympathietelegramme an Dr. Dollfuß

London, 3. Okt. Ministerpräsident MacDonald und Außenminister Sir John Simon haben Dr. Dollfuß in Telegrammen ihre Teilnahme aus Anlaß des gegen ihn unternommenen Anschlages ausgedrückt.

Gesandter Keller zur Minderheitenfrage

Die Juden Deutschlands weder eine sprachliche noch nationale Minderheit

Genf, 3. Okt. Die Debatte im Minderheitenankett des Völkerbundes wurde durch eine längere Rede des deutschen Botschafters, Gesandten von Keller, eröffnet. von Keller führte u. a. aus:

In den Debatten der letzten drei Jahre wurden von den verschiedensten Seiten die Mängel aufgezeigt, die dem Verfahren vor dem Völkerbund zum Schutze der Minderheiten anhaften. Im Interesse einer tunlichst großen Objektivität des Verfahrens haben wir die Einschaltung eines künftigen Gremiums von unabhängigen Sachverständigen bei der Entscheidung von Minderheitenfragen vorgeschlagen. Ich kann mit Genugtuung feststellen, daß unsere Vorschläge verständnisvolle Unterstützung durch eine Reihe von anderen Staaten finden; es muß aber bei dauerlicherweise zugleich festgestellt werden, daß demgegenüber stark abweichende Meinungen vertreten werden. Es handelt sich um eine grundsätzliche Auseinandersetzung über das Nationalitätenproblem. Die Proklamierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker im Weltkrieg ließ die Hoffnung aufkommen, daß bei einer Neuordnung der Staaten Europas dem Nationalitätenproblem weitgehend Rechnung getragen werden würde. Die auf Grund der Friedensverträge vorgenommenen Grenzziehungen haben diese Hoffnungen schwer enttäuscht.

Von besonderer Bedeutung für die Beurteilung des jetzigen Standes des Nationalitätenproblems ist die immer noch bestehende Tendenz zu einer mehr oder weniger erzwungenen Assimilierung fremder Minderheiten durch das Mehrheitsvolk. Wenn sich aber heute ein Wandel der Anschauungen in bezug auf die Assimilierung fremder Völker andeutet, so liegt das darin begründet, daß der Einzelmann sich heutzutage viel stärker mit seinem Vaterland und der ihm eigenen Kultur verbunden fühlt als früher. Das deutsche Volk hat diesen Wandel vielleicht am intensivsten von allen Völkern durchgemacht.

In der Diskussion der Definitivität ist die Judenfrage verschiedentlich mit der Minderheitenfrage verknüpft worden. Es ist nicht angängig, dieses Problem, das ein besonders gelagertes Massenproblem darstellt, ohne weiteres mit der sonstigen Minderheitenfrage in Verbindung zu bringen. Zunächst sind die Juden Deutschlands weder eine sprachliche, noch eine nationale

Folgebericht über die Vernehmung Dertils

Die Motive der Tat

Wien, 4. Oktober. Die Polizei veröffentlichte nach gestern am späten Abend einen Bericht über den Anschlag auf Bundeskanzler Dr. Dollfuß. Er enthält im wesentlichen die Daten des Wehrmanns Dertil. Von besonderem Interesse ist, daß die Polizei versucht, wider besseres Wissen die Tat den Nationalsozialisten in die Schuhe zu schieben. Denn es heißt in dem Bericht wörtlich: „Trotz seiner Zugehörigkeit zum Wehrbund (das ist die christlich-soziale Gewerkschaft der Soldaten. Anm. der Redaktion) gilt Dertil in Kreisen seiner Kameraden als Anhänger nationalsozialistischer Ideen; er hat sich jedoch durch aktive politische Betätigung nicht bemerkbar gemacht.“ Bei der Vernehmung, so heißt es in dem Bericht dann weiter, habe Dertil zugegeben, daß er nicht in Tötungsabsicht gehandelt habe, obgleich er damit gerechnet hätte, daß die Schüsse tödlich wirken könnten. Mit seiner Tat habe er die Aufmerksamkeit auf seinen Gießer, den Schriftsteller Dr. Raimund Günther, lenken wollen, der nach seiner Ansicht allein im Stande wäre, das Volk in eine bessere Zukunft zu führen. Wie der Täter erklärt habe, sei er von niemandem zu der Tat angestiftet worden. Er habe auch keine Mitwisser gehabt.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß im Rundfunk

Wien, 3. Oktober. Bundeskanzler Dr. Dollfuß sprach heute abend vom Arbeitszimmer seiner Wohnung aus durch den Rundfunk. Er führte u. a. aus, er habe selbst Wert darauf gesetzt, im Radio zu sprechen, weil er wisse, daß die Berichte nach solchen Ereignissen vielfach doch nicht ganz geglaubt werden. Man meint, daß die Dinge aus irgendwelchen Gründen weniger gefährlich dargestellt werden als sie sind. Er wünschte der Bevölkerung die Beruhigung zu geben, daß er wirklich durch eine glückliche Fügung heute einem schweren Unheil entgangen sei und sich körperlich sehr frisch und munter fühle. Er werde von der Wohnung aus die Regierungsgeschäfte selbstverständlich weiterführen und hoffe im übrigen, bereits übermorgen seinen Amtspflichten im Büro nachkommen zu können. Der Kanzler schloß, man kann beruhigt und überzeugt sein, daß ich in voller Ruhe und in dem tiefen Bewußtsein meine Aufgabe und meine Pflicht gegenüber meiner lieben Heimat und auch denen gegenüber, die in diesem Vaterlande wohnen, erfüllt habe und mit tiefem Ernst und mit absoluter Festigkeit die mir gestellten Aufgaben weiter erfüllen werde.

Nach Beendigung der Rede des Bundeskanzlers wurde die Bundeshymne gespielt.

Der deutsche Geschäftsträger in Wien im Bundeskanzleramt

Wien, 3. Oktober. Der deutsche Geschäftsträger Prinz Erbach hat heute nachmittag im Bundeskanzleramt vorgeprochen und seine Glückwünsche zu dem glücklichen Ausgang des auf den Bundeskanzler Dr. Dollfuß verübten Anschlages zum Ausdruck gebracht.

Minderheit. Sie fühlen sich nicht als solche und haben niemals Wünsche geäußert, als solche behandelt zu werden. Die Ausübung der jüdischen Religion ist in Deutschland völlig unbehindert. Die religiöse Frage spielt bei der Auseinandersetzung mit dem deutschen Volke keine Rolle. Es handelt sich in erster Linie um ein bevölkerungspolitisches und soziales Problem, das in der Nachkriegszeit eine besondere Verärglerung durch eine starke Wanderung des Judentums von Osteuropa nach dem Westen erhalten hat. Auch außerhalb Deutschlands wird anerkannt, daß es sich bei der Judenfrage um ein besonderes Problem handelt, für das in einer großen Anzahl von Ländern Lösungen gesucht werden.

Nach diesen grundsätzlichen Fragen wandte sich der deutsche Vertreter der Frage zu, wie praktische Fortschritte auf dem Wege einer befriedigenden Entwicklung des Minderheitenschutzes erzielt werden könnten. Der erste Weg, der Abbruch zweiseitiger Verträge zwischen zwei Staaten, biete keine praktisch befriedigende Lösung, wenn die Vertragspartner über die grundsätzliche Seite des Minderheitenschutzes, den Volkstumgedanken, verschiedener Auffassung sind. Als ein weiterer Weg sei der Gedanke der Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes unter den Auspizien des Völkerbundes aufgeworfen worden. Deutschland habe sich schon seinerzeit bereit erklärt, diesen Gedanken in positivem Sinne zu erörtern, falls alle europäischen Staaten mit der Generalisierung einverstanden sind. Ich glaube, daß wir nicht weiterkommen werden, wenn des Problem, wie dies bisher in dieser Kommission geschehen ist, lediglich aus taktischen Gründen Deutschland gegenüber aufgeworfen wird. Eine wirklich praktische Lösung scheint mir nicht möglich zu sein, solange die eine Seite den Volkstumgedanken bejaht, die andere ihn aber verneint. Der dritte Weg endlich, die Verbesserung des Verfahrens zum Schutze der Minderheiten vor dem Völkerbund, halte ich für wichtig. Deutschland ist nach wie vor bereit, an der Ausgestaltung des Minderheitenschutzes mitzuarbeiten.

Kun kamen die Gegner zur deutschen Haltung zu Wort. Der französische Senator Bergerer befaßte sich insbesondere mit der Lage der jüdischen Minderheiten in Oberschlesien und wies hierbei auf den Fall Bernheim hin.



Der schwedische Außenminister Sandler warf die Frage der Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes auf sämtliche Staaten auf. Die Lage der deutschen Juden habe ein Problem von großer Tragweite aufgerollt. Der Völkerverbund müsse jetzt den Schutz auch dieser Rasse übernehmen, die über die ganze Welt verteilt sei.

Der Vertreter der polnischen Regierung, Graf Rajkowski, brachte eine Entschließung ein, die die Ausdehnung des Minderheitenschutzes auf sämtliche Minderheiten und Uebernahme der gleichen Minderheitenschutzpflichtungen durch sämtliche Staaten fordert.

Die deutsche Stellungnahme zu den Angriffen im Genfer politischen Ausschuss

Genf, 3. Okt. Der Vortag in der Hauptsprache des politischen Ausschusses am Dienstag, der von französischer, schwedischer und polnischer Seite gegen Deutschland in der Judenfrage erfolgte, war von deutscher Seite bereits lange erwartet worden. Jedoch muß festgestellt werden, daß diese kaum verlappten Angriffe in einer unerwartet plumpen und unsaiten Form erfolgten und in häßlichem Tone gehalten waren. Es ist selbstverständlich, daß auch diese Angriffe von deutscher Seite in der nächsten Sitzung klar und scharf eine Antwort finden werden. Seit zwölf Jahren hat der Völkerverbund die unerhörtesten Verfolgungen und Unterdrückungen der deutschen, ukrainischen, armenischen, bulgarischen und anderer Minderheiten wortlos ohne jede Gegenmaßnahmen geduldet.

Bei dem heutigen Vortag handelt es sich um eine neue politische Stimmungsmache gegen Deutschland. Die Vertreter Frankreichs, Schwedens und Schwedens haben jetzt das gerade was ihnen seit Jahren verweigert wurde, das Minderheitenschutzes zum Anlaß genommen um Deutschland auf einem außerhalb des Minderheitenschutzes liegenden Gebiete, nämlich in der Judenfrage, anzugreifen. Hierzu ist ausdrücklich festzustellen, daß Deutschland nach dem Versailles Vertrag keinerlei Minderheitenschutzpflichtungen auferlegt worden sind, sondern daß die Minderheitenschutzverträge eine Bedingung für die Gründung der nach dem Weltkrieg neu geschaffenen Staaten waren. Senator Renner hat übrigens, wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, unmittelbar nach seiner Rede in persönlicher Fühlungnahme mit der deutschen Abordnung den zweifellos ungünstigen Eindruck eines schweren Angriffes abzuwachen versucht.

Der Führer auf dem Deutschen Juristentag

Leipzig, 3. Oktober. In seiner Ansprache auf dem Deutschen Juristentag erläuterte der Führer die weltanschaulichen Grundlagen des Rechts und zeigte den Wandel auf, dem in der Entwicklung der Völker auch die Rechtsauffassungen unterworfen sind. Er sprach insbesondere über die rassistische Bedingtheit des Rechtsbegriffes, die zu Erkenntnissen führe, die für die Zukunft von entscheidender Bedeutung auch im internationalen Rechtsleben werden würden. Ein Staat, der seine rassistische Mission begriffen habe, könne keine Unterdrückung fremder Völker. Nur auf dem Boden dieser geistig ebenso unwiderrücklichen wie politisch verpflichtenden Erkenntnisse könne eine wirklich organische Völkergemeinschaft als wirkliche Weltordnung entstehen. Aus der Einheit zwischen Volk und Staat ergebe sich klar und eindeutig die Aufgabe der Staatsführung; Selbsterhaltung, Rassenchutz und Rassenpflege, alle anderen Aufgaben seien dadurch in natürlicher Bedingtheit gegeben. Die Rechtsauffassung des liberalen Staates ende im Zerfall eines Volkes, das am Staat und seiner Justiz allmählich irre werde. Der totale Staat werde keinen Unterschied dulden zwischen Recht und Moral. Nur im Rahmen seiner gegebenen Weltanschauung könne und müsse eine Justiz unabhängig sein. Der Führer schloß seine eindringlichen Ausführungen mit einem Appell an die deutschen Juristen, sich auf dem Wege zur Einheit von Staatsauffassung und Rechtsauffassung den Verpflichtungen gegenüber dem Volke bewußt zu sein.

Nach der Rede des Führers schloß der Reichsjustizkommissar Dr. Frank den ersten Deutschen Juristentag mit einem dreifachen Siegel auf das ewige deutsche Vaterland und seinen Führer. Bei der Abfahrt war der Führer selbst Gegenstand der lebhaftesten Huldigungen der Menge, die die Straßen auf dem Ausstellungsgelände und die daran anschließenden Straßen in dichten Mauern besetzt hielt.

Staatssekretär Reinhardt über die Finanzreform

Leipzig, 3. Okt. Die Vorträge auf dem Juristentag waren vor allem Steuer- und Finanzfragen sowie Fragen des Verwaltungsrechts gewidmet. Sie erhielten ihr besonderes Gepräge vor allem dadurch, daß führende Praktiker zu Worte kamen. Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, sprach über die Finanzreform. Er führte u. a. aus: Reich, Länder und Gemeinden werden neuerlich als eine Einheit betrachtet werden. Die steuerliche Vereinfachung wird darin bestehen, daß die Vielheit der Steuern in Reich, Ländern und Gemeinden abgeleitet wird durch einige große Steuern, die die Einkommensquellen für die Gesamtheit von Reich, Ländern und Gemeinden sein werden. Ländern und Gemeinden wird noch genügend Spielraum zur Anpassung an die örtlichen Verhältnisse gegeben sein. Der steuerlichen Vereinfachung gemäß wird auch eine einheitliche Steuerverwaltung geschaffen werden. Der Steuerpflichtige wird dann nur noch einer einzigen Stelle, nämlich dem Finanzamt, Steuererklärungen abzugeben haben, von dieser einzigen Stelle Steuerbescheide erhalten und nur noch an diese einzige Stelle Steuerzahlungen zu leisten haben. Die Zahl der Steuerbescheide wird wesentlich verkleinert werden, ebenso die Zahl der Fälligkeitstage. Der Steuerpflichtige wird von der einheitlichen Steuerverwaltung im Jahre grundsätzlich nur einen Steuerbescheid erhalten, aus dem sich ergeben wird, wann und in welcher Höhe er im Laufe des Jahres Steuerzahlungen zu leisten hat. Die Vereinfachung des Steuerwesens wird zu einer wesentlichen Senkung der Verwaltungskosten führen. Der ersparte Betrag wird zur Senkung der

Ein Interview mit Stabschef Röhm über die SA.

Amsterdam, 3. Oktober. „Allgemeines Handelsblatt“ veröffentlicht in seiner heutigen Abendausgabe im Rahmen seiner Artikelserie „Auffassungen um und über das neue Deutschland“ ein Interview seines Berliner Korrespondenten mit dem Stabschef der SA, Ernst Röhm. Auf die Frage: „Wie stark sind heute die SA- und SS- und Stahlhelmformationen, die unter Ihrem Kommando stehen und wie ist es möglich, für diese gewaltige politische Armee die Summen aufzubringen, welche zur Verwaltung, Einleitung, Verpflegung usw. nötig sind?“ antwortete Röhm u. a.: „Adolf Hitlers SA läßt sich mit keiner Armee, mit keiner Miliz, mit keinem sonstigen Wehrsystem der Welt vergleichen. Denn sie ist keines von ihnen. Allen genannten Wehren haftet der Begriff der bewaffneten Macht an. Das gerade aber ist nach dem ausgesprochenen Willen Adolf Hitlers die SA nicht. Die Reichswehr ist der alleinige Waffentragende des Reiches, die SA ist der Willens- und Ideenträger der nationalsozialistischen deutschen Revolution. Der Reichswehr obliegt die Verteidigung der Grenzen und der Schutz der Interessen des Reiches dem Auslande gegenüber — der SA ist zur Aufgabe gesetzt, den neuen nationalsozialistischen Staat geistig und willensmäßig auf der Grundlage des Menschen zu einem lebendigen Glied dieses nationalsozialistischen Staates zu erziehen. Der 14-jährige geistige Kampf, welcher der Erringung der staatlichen Macht voranging, forderte vom SA-Mann schwere finanzielle Opfer. Alle Bedürfnisse, wie Dienstkleidung, Propagandasachen usw. mußte er aus eigenen Mitteln bestreiten.“

Das schlichte, oft ausgebleichene und verwachsene Braunhemd ist das Ehrenkleid des SA-Mannes geworden, nicht nur, weil fast 400 SA-Kameraden vom roten Unternehmertum ermordet wurden, sondern weil es von Hunderttausenden um den Preis des nicht getrunkenen Bieres, der nicht gerauchten Zigaretten, des nicht gegessenen Brotes angeschafft werden mußte. Auch heute noch nach dem Siege, nachdem fast 2 Millionen in den Reihen der SA stehen, geht der SA-Mann seinem bürgerlichen Beruf nach und widmet genau wie früher seine Freizeit dem SA-Dienst.

Eine Ausnahme von dieser Regel war der Aufmarsch der SA, anlässlich des Reichsparteitages in Nürnberg. Die an dem Aufmarsch teilnehmende SA wurde neu eingeleidet. Die erheblichen Summen, die dafür aufgebracht werden mußten, wurden seitens der politischen Organisation der Partei als Zeichen ihres Dankes für die unerhörten Opfer, die der SA-Mann in den Jahren des Kampfes gebracht hatte, aus Mitgliederbeiträgen, Sammlungen und Spenden aufgebracht. Die Kosten der Verwaltung der SA sind, gemessen an der zahlenmäßigen Größe dieses Riesenapparates, unwahrscheinlich gering. Freiwilligkeit war und ist die Voraussetzung jeden Dienstes in der nationalsozialistischen Bewegung.

Auf die Frage, warum man nach gewonnener Revolution auch heute noch größere Massen SA, SS, Amiswallter, Stahlhelm und Hitlerjugend uniformiert zusammenfasse, obwohl die kommunistische Gefahr nicht mehr so groß sei, antwortete Stabschef Röhm: In England, Frankreich, Italien, Rußland, Polen und in den Vereinigten Staaten sei fast die ganze Jugend uni-

formartig gekleidet, und sie werde von aktiven oder Reserveangehörigen ganz offen mit der Waffe für den Kriegsdienst gedrillt. Nur in Deutschland solle die Uniform eine Bedrohung des Friedens darstellen. Das Braunhemd sei nach Material, Schnitt und Farbe als Felduniform völlig unbrauchbar. Das Braunhemd solle lediglich seinen Träger aus der großen Masse als Befehlender der nationalsozialistischen Weltanschauung herausheben. Heute nach dem Siege ist es das Kennzeichen der nationalsozialistischen Zusammengehörigkeit, die deutsche Tracht. Adolf Hitlers Ziel war von vornherein, Deutschland im neuen Geiste auf der Grundlage der bewährten Justiz und Ordnung zu erneuern. Mit militärischem Drill habe Ordnung und Disziplin gar nichts zu tun. Nur in einem Staate der Unordnung finde der Bolschewismus Daseinsbedingungen. Die SA schütze daher nicht nur ganz Deutschland, sondern auch Europa vor dem Bolschewismus, denn ein bolschewistisches Deutschland bedeute ein bolschewistisches Europa.

Auf die Frage des Berichterstatters, was der SA-Chef zu den Behauptungen gewisser Kreise des Auslandes sage, daß Deutschland seine politische Armee schnell bewaffnen und im Waffengebrauch ausbilden könne, wies der Stabschef darauf hin, daß die französischen Kontrollkommissionen ganze Arbeit geleistet hätten. Die Entwaffnung Deutschlands erfordere sich auch auf die zwangsweise Auflösung aller zur Herstellung von Waffen geeigneten Fabriken, von denen sogar ein Teil niedergerissen werden mußte. Die Massenarbeitslosigkeit, die Ausplünderung Deutschlands durch die Reparationszahlungen, der Verlust des deutschen Volkvermögens durch die Inflation, sowie der Verlust wichtiger Rohstoffzentren und Bearbeitungsgebiete durch den Versailles Vertrag machten schon aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine Aufrüstung Deutschlands unmöglich. Unbewaffnete, im Waffengebrauch nicht geschulte Menschen können nicht durch Bewaffnung plötzlich zu kriegserregenden Soldaten gemacht werden. Wenn das möglich wäre, wäre es eine Sünde wider den gesunden Menschenverstand, daß die hochgerüsteten Staaten der Welt ungeheure Anteile dieses Volkseinkommens für die Verwirklichung ihrer Kriegsvorbereitung und die Ausbildung ihrer Weere aufwenden, anstatt die Waffen einzulagern und sie im Augenblick der Gefahr an das Volk zu verteilen. Im übrigen liegen sämtliche Industriegebiete Deutschlands in der Reichweite der Geschütze nicht-freundlicher Nachbarn und könnten binnen einer Stunde nach Ausbruch der Kriegserklärung durch Bombenabwurf feindlicher Flugzeuge zerstört werden, denen Deutschland nichts entgegenzusetzen habe.

Die letzte Frage des Berichterstatters bezieht sich auf die Befürchtung, daß die Erziehung der Jugend zu Ordnung und Disziplin bei ihrem Mangel an kriegerischen Erlebnissen eine den Weltfrieden bedrohende kriegerische Stimmung erzeugen könne. Stabschef Röhm erwiderte darauf, daß die vom Berichterstatter als „militärisch“ bezeichnete Disziplin durchaus nicht kriegerischer Art sei.

Kriegerische und aufrührerische Delikte seien dort am häufigsten, wo die Disziplin am meisten zu wünschen übrig lasse.

Steuertaxen verwendet werden. Die Vereinnahmung wird auch zu einer wesentlichen Minderung der Arbeit und der Kosten führen, die dem Steuerpflichtigen und dem Unternehmer aus seinen Pflichten auf Grund der bestehenden Steuergehalte erwachsen. In ihrer Ganzheit wird die Vereinfachung des Steuerwesens zu einer wesentlichen Senkung der auf der Produktion und dem Verbrauch ruhenden Lasten und Kosten führen und eine bahnbrechende Maßnahme zur Gesundung von Wirtschaft und Finanzen werden.

10 000 Landarbeiterfamilien finden Lohn und Brot

Berlin, 3. Okt. Wie das Völkerverbund-Büro meldet, hat im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister der Präsident der Reichsanthalt für Arbeitvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Ausdehnung der sogenannten Landhilfemaßnahmen verfügt. Während bisher im Wege der Landhilfe vor allem jugendliche Arbeitslose als Landhelfer antezugebracht wurden, werden nunmehr von der Reichsanthalt Beihilfen auch für die Einstellung von Landarbeiterfamilien gewährt. Besonders sollen solche Landarbeiterfamilien auf diese Weise in Lohn und Brot gebracht werden, die heranwachsende Kinder bis zu 14 Jahren haben. Die Einstellung muß vor dem 31. März 1934 erfolgen, vor allem also im Winter. Die Beihilfe beträgt 20 RM. pro Monat für jede eingestellte Familie, wobei höchstens drei Familien pro Betrieb in Frage kommen sollen. Voraussetzung ist vor allem, daß ein Jahresvertrag mindestens mit der neu einmündelnden Familie abgeschlossen werden muß. Es wird angenommen, daß durch diese Maßnahme rund 10 000 Landarbeiterfamilien mehr eingestellt werden können.

„Sendergruppe West“

Reichsdenkmal Eugen Hadamowsky veränderte in einer Ansprache über alle deutschen Sender die Errichtung einer deutschen Sendergruppe West. Die drei Rundfunkgesellschaften, die an der alten Hörstraße der Römer — vom Bodensee bis zur Nordsee — liegen, der Südsant (Stuttgart), der Südwestfunk (Frankfurt) und der Westfunk (Köln), haben sich zu einer Programmgemeinschaft zusammengeschlossen. Im Gegensatz zu früher ist die Programmschöpfung ausschließlich auf die Interessen der Nation und der Hörerschaft eingestellt bei niedrigstem Aufwand und einem Höchstmaß von Leistungen. Um dies zu erreichen, war es notwendig, jeder der drei Gesellschaften der Sendergruppe West ihre besonderen Aufgaben zuzuwiesen, so daß von selbst Doppelleistungen fortfallen. So wird beispielsweise Köln künftig die musikalischen Darbietungen großen Formats (große symphonische, chorische und musikalische Werke) bringen, die Darbietungen kleineren Formats (Kammer-Symphonien, Kammer-Opern; allgemeiner Darstellungstypus: Mozart) werden von Stuttgart gepflegt werden, und Frankfurt wird das zwischen den beiden genannten musikalischen Darstellungsgruppen liegende Gebiet der Spieloper, des musikalischen Volksstücks, der Operette usw. besonders wahrnehmen. Ebenso wie auf musikalischem Gebiet wurden die großen Geltungsbereiche des menschlichen Lebens methodisch aufgeteilt, und zwar übernimmt Köln den Wertebereich des „Körperlichen“ in allen seinen Abwandlungen; Gynastik, Hygiene, Ernährung, Rassenkunde, Erbsforschung und überhaupt alles, was für die körperliche Erhaltung und Wohlfahrt des Einzelnen und der Nation von Nutzen ist; Frankfurt übernimmt es, den Wertebereich des „Sozialen“ (Wirtschaft und Arbeit) in seinem vollen Umfange darzustellen, während Stutt-

gart die „allgemeine Bildung“ in seine besondere Pflege genommen hat. Die Vorteile, die sich aus dieser Programmgemeinschaft ergeben, bestehen im Fortfall doppelter oder mehrfacher Betriebsformen im Rahmen der Sendergruppe, in der besseren Vorbereitung der Darbietungen und der daraus resultierenden Qualitätserhöhung, ferner in der größeren Reichhaltigkeit des Programms und letztlich in der sich zwangsläufig aus der Zusammenarbeit ergebenden Einsparung sowohl im Programmecost als auch in der Technik und in der Verwaltung.

Blutige Kämpfe in Havanna

Havanna, 3. Okt. Der Kampf um das von ehemaligen Offizieren der Regierung Cespedes besetzte Nationalhotel hat ungewöhnlich blutige Formen angenommen. Als der erste Angriff möglichkeits, ließ der Kommandant der Belagerer das Gebäude unter Artilleriefeuer nehmen. Sehr bald klappten an den Mauern große Breschen. Der Dachtstuhl ging in Flammen auf. An der Belagerung beteiligte sich auch das auf der Reede verankerte Kanonenboot Patria. Außerdem wurden bei dem Angriff zwei Tanks mit Maschinengewehren eingesetzt. Zuletzt mußten die Offiziere kapitulieren und wurden entwaffnet.

Nach den letzten Meldungen soll der Rest der entwaffneten Offiziere nach ihrer Kapitulation wiedergewekelt worden sein.

Nach Andrud der Dunkelheit kam es überall in der Stadt zu Schießereien. Reuter meldet: Am Montag hat es schätzungsweise 75 Tote und Hunderte von Verwundeten gegeben. Die Krankenhäuser sind überfüllt. Unter den Toten befinden sich 35 bis 40 Soldaten, 10 Offiziere und einige 20 Studenten und Privatpersonen.

Eine weitere Meldung besagt: In der Stadt Havanna toben erbitterte Straßenkämpfe, die bisher 130 Tote und 250 Verwundete gefordert haben. Das Schicksal der nach dem Fort Cabana gebrachten 500 Offiziere ist völlig unbekannt. In allen Teilen der Stadt finden planlose Schießereien statt. Man befürchtet in aller nächster Zeit einen Ankerwurf von seiten der bekanntlich in kommunistischem Fahrwasser schwimmenden revolutionären Studentenorganisation ABC. Das nordamerikanische Schachtschiff „New-Mexico“ wurde auf Grund der letzten Nachrichten über die ernste Lage auf Kuba nach Havanna beordert.

Die deutsch-französischen Kontingentsverhandlungen

Paris, 3. Okt. Die Havanna-Agentur berichtet über eine deutsch-französische Verständigung in den Verhandlungen über die Neuverteilung, die Frankreich in der Verteilung der französischen Einflußkontingente plant. Darnach werde die Neuverteilung Deutschland gegenüber nicht vor dem 1. Januar 1934 Gültigkeit erlangen. Für diesen Fall gebe das am Samstag abgeschlossene Abkommen Deutschland die Möglichkeit, die französische Ausfuhr mit höheren Zöllen zu belagen und sie der Diskriminierung zu unterwerfen. Eine Reihe von deutsch-französischen Verhandlungen werde demnächst beginnen, damit die Möglichkeiten zu einer Angleichung der neuen Kontingentverteilung an die Interessen der französischen Industrien geprüft werden.



Aus Stadt und Land

Montag, den 4. Oktober 1933.

Mehr Verkehrsdiziplin!

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die nationale Regierung fördert den Verkehr, insbesondere den Kraftfahrverkehr, mit allen Mitteln. Der dadurch erfolgenden Steigerung des Verkehrs muß aber eine um so stärkere Fahrdiziplin entsprechen. Hieran fehlt es zur Zeit in Württemberg wieder in bedenklichem Maße. So sind auch die häufigen schweren Verkehrsunfälle der letzten Zeit zum größten Teil auf verkehrswidriges Fahren zurückzuführen.

Eine besondere Gefahr im Straßenverkehr bilden die Radfahrer. Unter ihnen scheinen noch manche der Ansicht zu sein, daß es für sie überhaupt keine Verkehrsregeln gäbe. Bei einem großen Teil der Radfahrer fehlt während der Dunkelheit die Beleuchtung oder der Rückstrahler; gefahren wird in Dreier- oder gar Vierer-Reihen. Das überaus gefährliche Anhängen an Kraftfahrzeuge ist eine allgütliche Erscheinung geworden. Auch im Stadtverkehr fallen immer mehr Radfahrer unangenehm auf die Straßenverkehrsteilnehmer ohne Herabbeugung der Geschwindigkeit durchfahren, die ihre Fertigkeit im Freihändig- und Zickzackfahren zeigen und die ohne jede Rücksicht auf Rechtsfahren und Linksüberholen sich zwischen den anderen Fahrzeugen durchzwängen in der Annahme die anderen werden schon aufpassen.

Immer noch sind die Fuhrwerke, die auf der falschen Straßenseite fahren oder nicht genügend ausweichen, nicht verschwinden. Nicht oder nicht genügend beleuchtete Fahrzeuge sind — auch soweit es sich nicht um Wirtschaftsfahrer handelt — häufig anzutreffen.

Aber auch viele Kraftfahrer lassen es noch an der unbedingt nötigen Rücksicht sowohl Fußgängern, wie auch anderen Fahrzeugführern gegenüber fehlen. Insbesondere wird vielfach nicht oder zu spät abgebremst oder ist die Abblendvorrichtung nicht in Ordnung, so daß nur ein Scheinwerfer abgeblendet wird oder ein Licht ganz erlischt; an Kurven und unübersichtlichen Stellen wird ohne Rücksicht auf etwa entgegenkommende Fahrzeuge überholt; geschlossene Ortsteile werden trotz enger Straßen und gefährlicher Kreuzungen im Landstrahrentempo durchfahren.

Unter den Kraftfahrern gibt es immer noch solche, die glauben, durch rasenden Motorenlärm — oft zu nachtschlafender Zeit und nach Entfernung der Schalldämpfungs- oder -vorrichtung — ihre Fahrfunktion unter Beweis stellen zu müssen. In solchen Fällen wird künftig ohne weiteres auf Entziehung des Führerscheins erkannt werden. Ueberhaupt sind die Polizeibehörden angewiesen, in Fällen rücksichtsloser Verkehrsgefährdung durch Kraftfahrer mehr als bisher mit Führerscheinentziehung vorzugehen.

Das Innenministerium wird Sorge dafür tragen, daß künftig auf den Landstraßen eine bessere Überwachung des Verkehrs ermöglicht wird. Es wird dabei auch auf den verkehrssicheren Zustand der Kraftfahrzeuge, insbesondere der Beleuchtungsanlagen (Vermeidung von Blendwirkung) geachtet werden.

Im Stadtverkehr bildet das unbesonnene und leichtsinnige Verhalten mancher Fußgänger immer noch eine große Gefahrenquelle. Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß nach Paragraph 29 der württ. Straßenverkehrsordnung Fußgänger in der Regel die Bürgersteige zu benutzen haben. Die Benutzung des Fahrbahns muss die Ausnahme bilden und auf die Fälle beschränkt bleiben, wo sie unbedingt erforderlich ist. Auch dann ist auf den Verkehr genügende Rücksicht zu nehmen. Fußgänger, die dem zuwiderhandeln, machen sich genau so strafbar, wie der Kraftfahrer, der die für ihn bestehenden Vorschriften nicht beachtet.

Da bei der Schnelligkeit, mit der sich heute im Zeichen des Kraftfahrzeugs der Verkehr abspielt, jede Ausrückelassung der Verkehrsregeln Menschenleben gefährdet, muß jeder Wegbegänger, der sich verkehrswidrig benimmt, mit ganz empfindlichen Strafen rechnen.

Wohlfahrtsmarken der Deutschen Reichspost 1933. Die am 1. November zur Ausgabe gelangenden Wohlfahrtsmarken der Deutschen Reichspost mit Darstellungen aus den Werken Richard Wagners werden, wie in den früheren Jahren, mit einem geringen Zuschlag verkauft, der bei den kleineren Marken nur 2, 3 und 4 Pfg. beträgt. Die Wohlfahrtsmarken zu 6 Pfg. mit dem Bilde Wagners im Freimarkentempel wird mit einem Zuschlag von 1 Pfg. verkauft. Der Erlös aus den Zuschlägen fließt der Deutschen Rotkreuz- und bildet einen Teil des großen Winterhilfswerks. Auch Heftchen mit Marken zu 4, 6, 8 und 12 Pfg. zum Preise von 2 RM wird die Deutsche Reichspost ausgeben. Der Vertrieb der Wohlfahrtsmarken dauert bis Ende Februar 1934, die Gültigkeit der Wertzeichen erndigt am 30. Juni 1934.

Kastanien! Jetzt ist die Kastanienzeit. Sie fallen von den Bäumen und die fischelige Kugel in grüner Hülle läßt die braune glänzende Frucht aus dem Gefängnis los. Unter dem langsam absterbenden Laubdach im vergilbenden Grasplatz tollt die braunen Kugeln dahin. Die Kinder reißen sich um die schön glänzenden Kastanien und sammeln sie in Schützen und Hofentischen, bis alle gefüllt bis zum Rande mit dem Spielzeug des Herbstes prahlen. Es werden Böden durch die Früchte gegeben, Ketten geschlungen und diese um den Hals gehängt. Eine Gruppe größerer Buben macht ein ganzes „Geschirr“ aus den Kugeln, spannt ein paar Mädel oder Buben ein und treibt das Geipann mit Würfen aus der Hofentische in Galopp.

Freudenstadt, 3. Oktober. (Vergabung der Arbeiten für die Höhenstraße Freudenstadt-Besenfeld. — Baubeginn Mitte Oktober.) Was seit dem Jahre 1929 und schon Jahrzehnte früher erstrebt wurde, ist nun endlich wahr geworden. Heute wird die Vergabung des ersten Drittels der Bauarbeiten für die Höhenstraße Freudenstadt-Besenfeld öffentlich ausgeschrieben. So wird mit den Arbeiten Mitte dieses Monats begonnen werden können und wird für eine erhebliche Zahl erwerbsloser, nach Arbeit sich sehender Männer unseres Bezirks auf längere Zeit Arbeit und Brot schaffen. Es ist aber auch höchste Zeit dafür, denn wieder hat das Bezirksarbeitsamt Nagold in bedenklichem Maße wissen lassen, daß von allen Arbeitslosen des fünf Oberamtsbezirke umfassenden Arbeitsamtsbezirks Nagold annähernd die Hälfte, rund etwa 1000, auf anderen Bezirk entfällt. In der Erkenntnis, daß in unserem Bezirk für den bevorstehenden Winter unter allen Umständen in großzügiger Weise Arbeit beschafft werden muß und aus der Verantwortung heraus gegenüber der

Wenn jeder gibt



wird jeder haben

Spenden für das deutsche Winterhilfswerk durch alle Banken, Sparkassen und Postanstalten oder Postsparkonto: Winterhilfswerk Berlin 77100

wachsenden Not der Erwerbslosen, hatte sich denn auch Landrat Knapp, als 3. Zi. allein verantwortlicher Vertreter der Amtsförperschaft, im Juli d. J. entschlossen, den Bau der Höhenstraße zunächst als eine Sache der Amtsförperschaft unter allen Umständen noch in diesem Jahre in Angriff zu nehmen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß der staatlichen Straßenbauverwaltung im laufenden Jahre für diesen Zweck schlechterdings keine Mittel mehr zur Verfügung stehen.

Hochdorf, 2. Oktober. (Lebensmüde.) Freitagsmorgens erhängte sich Franz Bucher. Der unglückliche junge Mann war Epileptiker.

Calw, 3. Oktober. (Die Spenden zur Winterhilfe aus dem Bezirk Calw.) Die am letzten Sonntag anlässlich des Erntedankfestes aus 34 Gemeinden des Bezirks in die Oberamtsstadt gebrachten Spenden für die Winterhilfe umfassen insgesamt 792 Ztr. Kartoffeln, 208,71 Ztr. Getreide, 85 Pfd. Obst, 9 Raummeter Holz, 1,92 Ztr. Kraut, 5,74 Ztr. Mehl, 68 Pfd. Hülsenfrüchte, rund 85,05 M Barggeld. Der Stadtgemeinde Bad Liebenzell wurden außerdem an Spenden 20,6 Ztr. Kartoffeln und 60 Pfd. Getreide aus Unterhaugstett zugeführt.

Calw, 4. Oktober. (25 Jahre Neue Höhere Handelsschule Calw.) Am gestrigen Tage sind 25 Jahre verflossen, seitdem die Neue Höhere Handelsschule in Calw ihre Pforten erstmals für den Schulbetrieb geöffnet hat. Dieser wurde am 3. Oktober 1908 in dem neuerstellten staatlichen Schulbau aufgenommen. Einer hohen Zahl von Schülern und Schülerinnen ist seitdem in der von dem Eigentümer, Handelschuldirektor Fugel, vorbildlich geleiteten Lehranstalt praktische Belehrung und wertvolles Wissen zuteil geworden.

Calw, 3. Oktober. Der Herbst hat noch eine starke Belebung des Bauwesens gebracht. Während den Sommer über nur wenig gebaut wurde, sind gegenwärtig fünf neue Wohnhäuser in Angriff genommen. Davon der Stadt 14 Siedlungsgebäude auf dem Windhof erstellt werden, wird es an Arbeitsmöglichkeit nicht fehlen. Alle Bauhandwerker werden reichlichen Verdienst finden. — Vom Versicherungsamt Calw ist der Geschäftsleiter der Allgemeinen Ortskrankenkasse, der sich in Untersuchungshaft befindet, vorläufig seines Amtes entbunden worden. Als Geschäftsleiter wurde der zweite Beamte der Krankenkasse, Inspektor Schmid, bestellt.

Schwann, 3. Oktober. Zu der von einem Stuttgarter Pressbüro verbreiteten Nachricht, daß Bürgermeister Weikert von hier seines Amtes entbunden und zunächst bis 30. September beurlaubt worden sei, von diesem Zeitpunkt ab müsse die Gemeinde 10 v. H. seines Gehalts bezahlen, stellt die Ortsgruppe der NSDAP, fest, daß diese Behauptungen jeder Grundlage entbehren. Bürgermeister Weikert ist bis heute weder seines Amtes entbunden noch zwangsbeurlaubt worden; er befindet sich lediglich bis 30. September ds. Js. in einem von ihm nachgesuchten Erholungsurlaub.

Murr, 3. Oktober. (Großes Fischsterben.) Dieser Tage hat hier die Wasserhau der Murr stattgefunden. Von Vertretern der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung wurde der ganze Fischbezirk und Körperschaftsverwaltung wurde der ganze Fischbezirk abgegangen. Die staatlichen Vertreter konnten dabei Zeuge eines unglücklichen Fischsterbens in der Murr auf hiesiger Murrung sein, das vormittags einsetzte und den ganzen Tag andauerte. Dieses Fischsterben ist durch die Gerberabwässer der Stadtgemeinde Badnang hervorgerufen worden. Man vermutet eine Vergiftung durch Schwefelnatrium. Die Fische müßten beim Austritt dieser Giftstoffe allmählich flussabwärts gewandert sein und haben sich dann bei der Einmündung der Murr in den Neckar, die besseren Wasser in größerem Umfang zuzuführt, aufgehoben, denn oberhalb dieser Stelle war nirgends mehr ein Fisch zu sehen. Aber auch hier fanden sie nicht die notwendige Hilfe. Hunderte von Fischen erschienen an der Oberfläche und schnappten nach Luft; Kopf an Kopf ragt über das Wasser heraus. Tausende lagen an den Ufern und konnten dort bequem gefangen werden. Unzählige trieben tot flussabwärts. Am Rande der Firma Finster hier konnten die Fische zentnerweise, teils tot, teils in absterbendem Zustande aus der Murr gezogen werden. Der Schaden für die Fischwässerpflicht ist enorm. Aber nicht nur für die Fischwässerpflicht ist die Verunreinigung des Murrflusses sehr schädlich, sondern auch für die unterhalb Badnangs liegende Trüchterschleife. Gerade in den letzten Wochen mußten diese die Wahrnehmung machen, daß der Beton ihrer Wehranlagen stark angegriffen ist. Die chemische Untersuchung eines abgebrochenen Betonstückes hat ergeben, daß im Murrwasser aggressive Stoffe enthalten sein müssen, die den Beton dieser Wehranlagen zerstören. Nach Aussagen der staatlichen Vertreter soll nun eine Sammelklaganlage in Badnang errichtet und bis Ende des Jahres 1934 fertiggestellt werden.

Stuttgart, 3. Okt. (Württ. Staatstheater.) Am Samstag, 7. Oktober, erscheint im Großen Haus nach 5jähriger Pause Smetanas weltbekannte Oper „Die verkaufte Braut“ in neuer Inszenierung, die Generalintendant Krauß besorgt. Als Dirigent stellt sich Kapellmeister Richard Kraus von den städt. Bühnen Hannover vor.

Programm der Handwerkerwoche. Das Programm der Handwerkerwoche — Deutschen Woche vom 14. bis 22. Okt. — liegt jetzt vor. Danach wird die Woche am Samstag, 14. Okt. im Stadtparksaal eröffnet, am Sonntag, 15. Okt. vormittags ist Feldgottesdienst des Handwerks im Schloßhof mit Weihe der neuen Halbkreuzfahnen der Innungen, am Sonntag nachmittag Werbezug für deutsche Wertarbeit, am Freitag, 20. Okt. Frauenkundgebung und am Sonntag, 22. Okt. große Kundgebung der gesamten Wirtschaft in der Stadthalle. Das Württ. Kultministerium hat familiäre Schulen auf die große Bedeutung der Deutschen Woche aufmerksam gemacht.

Kasslag gegen Schwarzarbeiter im Kraftdroschkengewerbe. Zur Feststellung etwaiger schwarzarbeitender Kraftdroschkenführer wurde von der Stadtverwaltung eine Kontrolle der Kraftdroschkenführer auf sämtlichen hiesigen Droschkenwartepätzen durchgeführt. Die Kontrolle, die von Beamten des städt. Polizeiamts vorgenommen wurde, setzte auf allen Wartepätzen schlagartig ein. Die Stadtverwaltung wird nun prüfen, ob in welchen Fällen Unterstufungsbetrug vorliegt.

Ludwigoburg, 3. Okt. (Kränze am Königsgrab.) Am 2. Oktober, dem Todestag König Wilhelms II., wurde wie alljährlich durch die Ortsgruppe Ludwigoburg im Auftrag des Württ. Offizierbundes auf dem alten Friedhof in Ludwigoburg ein Lorbeerkranz mit schwarz-roter Schleife und dem Aufdruck: „Die Offiziere der alten württembergischen Armee“ am Grab des Königs niedergelegt. Auch der Württ. Artillerieverein König Wilhelm II. ließ durch seinen Führer einen Kranz niederlegen.

Ochsen, 3. Okt. (Hindenburg als Laupate.) Im Anschluß an den Feldgottesdienst wurde am Sonntag in Ochsen Herta Kieger, die Tochter des Hilfsarbeiters Anton Kieger, getauft. Die kleine Erbenbürgerin ist das 17. Kind der Familie, und aus diesem Anlaß hat Reichspräsident von Hindenburg die Patenschaft übernommen. Von den Kindern sind 15 am Leben. Der Vater ist als Schuhfabrikarbeiter bei Salamander in Kornwestheim beschäftigt.

Ochsen, 3. Okt. (Baumfrevler.) Nachts wurden auf einem Gemeindegelände 50 Obstbäume von ruderer Hand teils abgehauen, teils von der Rinde befreit und sehr stark beschädigt.

Wöblingen, 3. Okt. (Verkehrsunfall.) Montag abend fuhr ein 33jähriger verheirateter Mann mit seinem Fahrrad vom Postplatz kommend die tiefe Siedlinger Straße abwärts. In der Kurve stieß er mit einem heimwärts fahrenden Stuttgarter Perlonenwagen zusammen, wobei ihm der Schädel gertrümmert wurde. Der Radfahrer war auf der Stelle tot.

Tübingen, 3. Okt. (Berufung.) Der Ordinarius für Hygiene, Serologie und Geschlechtskrankheiten an der Universität Kiel, Professor Dr. Hermann Dold, ein geborener Stuttgarter, hat einen Ruf als Ordinarius für Hygiene an die Universität Tübingen erhalten.

Tübingen, 3. Okt. (Von der Universität.) Dr. Hoffmann von der Nervenklinik hat einen Ruf als Ordinarius nach Gießen erhalten. Prof. Dr. Hoffmann wird dem Rufe Folge leisten und schon am 1. November nach Gießen überfiedeln. — Der Führer der württ. Studentenschaft, Sturmabführer Gerhard Schumann, bleibt endgültig in Tübingen.

Göppingen, 3. Okt. (Ergebnis der Arbeitspende.) Wie die hiesige Kreisleitung der NSDAP mitteilt, sind bis heute für die Arbeitspende 25 000 RM eingegangen.

Sigmaringen, 3. Okt. (Brandstiftung.) Sonntag nacht brach in der Doppelscheune der Landwirte Kraft-Hoffmann durch Brandstiftung Feuer aus. Die Scheune, wie auch ein angebauter Viehstall des Landwirts Kraft wurden vernichtet. Der Brandstifter, ein bei Landwirt Hoffmann bediensteter, anscheinend geistig beschränkter Knecht, konnte auf dem Brandplatz festgenommen werden.

Herbrechtingen, 3. Okt. (Wiedereröffnung.) Sonntag wurde hier die Baumwollspinnerei durch einen Festakt wieder eröffnet, bei dem Bürgermeister Kirchner, Landrat Dr. Fejer, Ortsgruppenleiter Wehrle u. a. sprachen.

Münd, 3. Okt. (Unglück im Viehstand.) Einen beträchtlichen Schaden erlitt die Gutsverwaltung St. Josef. Von dem auf der Weide befindlichen Vieh am Straßdorferberg sind 5 Milchkühe, die zum Teil erst zugekauft waren, aufgelaufen. Eine Kuh verendete auf dem Feld, die übrigen vier Tiere mußten notschlachtet werden.

Ulm, 3. Okt. (Der Oberbürgermeister aus dem Erntewagen.) Nach der Auflösung des Festzugs in Ulm am Tage des Brotes unternahm Oberbürgermeister Förster und Gauinspekteur Roier mit ihren Kindern eine Fahrt durch die Straßen der Stadt auf den vollbeladenen, schön geschmückten Erntewagen. Es war ein Bild enger Verbundenheit von Stadt und Land, das insbesondere auch die Landleute mit Stolz erfüllte.

Hohenberg, 3. Okt. (Schadenfeuer.) Sonntag abend brach in dem Anwesen des Landwirts Weidner Feuer aus. Durch das überaus rasche und tatkräftige Eingreifen der Einwohnerlichkeit konnte der Brandherd bald wieder gelöscht werden. Die Brandursache ist unklar. Der Gebäudeschaden ist gering.

Aus Baden

Gernsbach, 3. Oktober. (Schwer verunglückt.) Ein 40 Jahre alter Mann aus Hilpertsau hatte am letzten Samstag Hochzeit. Er wollte mit seiner Frau eine Hochzeitsreise unternehmen und hatte hierzu Freiburg ausersuchen. Die neuerwählte Frau hatte keine Lust hierzu, schließlich entschloß sie sich aber doch. Der glückliche Hochzeiter benutzte das Motorrad, um noch rechtzeitig den Abendzug in Gernsbach erreichen zu können. Seine Frau erwartete ihn am Bahnhof, allerdings vergebens. Auf der Suche nach ihrem Mann brachten ihn einige Männer auf einer Bahre schwer verletzt und bewußtlos. In



der Dunkelheit war er mit dem Motorrad in ein aufgeregtes Straßenbild gefahren, so daß es ihn einigemal überschlagen hatte und er schwer verletzt liegen geblieben war.

Horst, 3. Oktober. (S.A.-Mann schwer verunglückt. — Hirsch erlegt.) Ein S.A.-Mann aus Reichental wollte zum Dienst fahren. Im Dorf Reichental fuhr er auf einen Kartoffelfarren auf, so daß der S.A.-Mann mit großer Wucht auf die Straße geschleudert wurde und kopflos und schwer verletzt vom Wagen getragen werden mußte. — Hier wurde im Schifferwald ein 14-Ender Schwarzwaldhirsch erlegt. Derselbe trug ein abnormales Geweih, eine Stange 1/2 B. war dem Hirsch in das Auge hineingewachsen, weshalb der Hirsch an diesem Auge völlig erblindet war.

Die wirtschaftliche Lage in Württemberg

Stuttgart, 3. Okt. Vom Württ. Industrie- und Handelstag wird geschrieben: Die Besserungserwartungen in der Gesamt-lage der Wirtschaft haben weiterhin angehalten. Das Ausfuhr-geschäft liegt nach wie vor aus den bekannten Gründen hart darnieder. Die leichte Belebung des Inlandsmarktes konnte noch keinen Ausgleich für den Ausfuhrrückgang bringen. Die gute Ernte und wohl auch die Hilfsmaßnahmen der Regierung für die Landwirtschaft machten sich in einem teilweise stärkeren Abfall von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, wie auch in einem vermehrten Kauf von Verbrauchswaren des täglichen Bedarfs bemerkbar, wenngleich vielfach auch noch eine starke Zurückhaltung zu beobachten ist. Die an sich noch sehr un-einheitliche Wirtschaftsbelebung scheint sich nunmehr auch in den von der Ankurbelung bisher noch nicht oder nur wenig erfassten Wirtschaftszweigen, wie etwa in der Maschinen-industrie, wenn auch vorläufig nur vereinzelt und in geringem Umfange, bemerkbar zu machen. In der Kraftfahrzeugindustrie und in ihren zahlreichen Hilfsindustrien sind die Gesamtverhält-nisse immer noch ungünstig. Die Bautätigkeit läßt ebenfalls vielfach einen belebenden Einfluß auf weitere Wirtschafts-treibe aus; die Aufträge im Rahmen der öffentlichen Arbeits-beschaffung, besonders in der Verkehrswirtschaft, werden für den kommenden Winter die jahreszeitlich bedingten Rückgänge des Beschäftigungsgrades vieler Wirtschaftszweige voraussichtlich ausgleichen können. Die Preisverhältnisse für Fer-tigwaren haben sich trotz der Steigerung mancher Rohstoffe und Halbfabrikate, wie etwa Brummwolle, Häute und Felle, Leder, Metalle, noch nicht geändert. Eine Anpassung der Preise schreitet an der mangelnden Kaufkraft der letzten Verbraucher. Die Nachfrage des laufenden Substanzums beschränkt sich in der Hauptsache immer noch auf billige Waren. Eine tatsächliche Erhöhung der Kaufkraft wird sich erst im Laufe vermehrter Weiterentwicklung der gesamten Volkswirtschaft fühlbar machen können. Die Zahlungseingänge haben sich gebessert; die Verluste aus Invalenzen haben nachgelassen.

Neubau des Bahnhofes Eutingen

Stuttgart, 3. Okt. Am 8. Oktober d. J. wird der neue Per-sonenbahnhof Eutingen bei Horb in Betrieb genommen. Der alte Bahnhof besteht seit der Eröffnung der Nagoldbahn Horb-heim-Calw-Eutingen-Horb im Jahre 1874. Die Eröffnung der Güterbahn Stuttgart-Eutingen-Freudenstadt im Jahre 1879 brachte dem Bahnhof weitere Aufgaben. Diese Linie aber hatte bis heute den großen Nachteil, daß die Züge Stuttgart-Freudenstadt in Eutingen Kopf machen mußten, und deshalb ein durchgehender Verkehr von der Landeshaushalt nach Freuden-stadt sich nicht recht entwickeln konnte. Eine Verbesserung der sonstigen Bahnhofsverhältnisse in Eutingen konnte nur dadurch erreicht werden, daß der Personenbahnhof nach Osten in der Richtung gegen Ergenzingen hinausgeschoben wurde. Die Züge Stuttgart-Freudenstadt und umgekehrt durchfahren den neu-bauenen Bahnhof künftig ohne Richtungswechsel. Das neue Empfangs-gebäude liegt 1200 Meter östlich des alten und ist durch zwei neue Zufahrtsstraßen von Eutingen und von Hohendorf zugänge-

lich gemacht. Östlich des Empfangsgebäudes steht das von der Oberpostdirektion erbaute Postgebäude. In betriebstechnischem Sinne ist der neue Bahnhof ein Trennungsbahnhof, in dem sich von der durchgehenden zweigleisigen Güterbahn Stuttgart-Horb die zweigleisige Linie Eutingen-Hohdorf abtrennt; diese spaltet sich in Hohdorf in die eingleisigen Linien nach Freudenstadt und nach Horzheim. Vor dem neuen Empfangsgebäude liegen im ganzen zehn gleichgerichtete Gleise. Die gesamten Baukosten des Bahnhofs haben bis heute rund 5,9 Millionen RM. betragen. Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der näheren und weiteren Umgebung hat der Bahnhofsbau in hervor-ragendem Maße beigetragen.

Elektrizität eine unentbehrliche Helferin

Welch unentbehrliche Helferin wir heute in der Elektrizität in Stadt und Land besitzen, das ist längst allen klar geworden. In den Städten ist kaum mehr eine Wohnung anzutreffen, die nicht elektrisch eingerichtet ist, und im entlegenen Dörfchen und selbst im einsamsten Gehöft möchte man heute die Annehmlich-keiten nicht mehr missen, die uns der elektrische Strom gewährt. Gerade die kommenden langen Nächte des Winters bringen uns wieder zum Bewußtsein, was uns beispielsweise das elektrische Licht bedeutet.

Nun fühlt man wohl berechtigten Stolz über die technischen Wunder, die Menschengeist erfand, denkt aber leider viel zu wenig daran, daß nur dann die Elektrizität ihre segensreiche Kraft voll entfalten kann, wenn alle Räume ausreichende In-Installation für Licht- und Steckanschlüsse besitzen und wenn die elektrischen Installationen, die Leitungen sowohl wie die einzelnen Betriebsteile, Schalter, Sicherungen, Abzweigdosen usw., richtig im Stand sind. Es gibt kaum eine Wohn-ung, einen Betrieb und einen Bauernhof, in denen nicht Mängel dieser Art in kleinerem oder größerem Umfang vor-handen sind.

Zeit ist die beste Gelegenheit, um hier bisher Veräuhtes nachzuholen und damit zugleich sein Scherflein zur praktischen Arbeitsbeschaffung beizusteuern. So sollte man bei keinem Wohnungswechsel unterlassen, auch die elektrische Installation nachsehen und allenfalls in Ordnung bringen und ergänzen zu lassen. Defekte Schalter, durchgebrannte und gestaute Sicher-ungen (übrigens ein strafbarer Zustand!) sollten ausgewech-selt, fehlende Brennstellen in den Nebenräumen, wie Kammern, Keller- und Speicherräumen, und Steckkontakte in den Wohn-räumen in der nötigen Anzahl sollten ergänzt, beschädigte Ge-räteleitungen durch neue ersetzt werden.

Besonders wichtig ist der einwandfreie Zustand der elektri-schen Installation in landwirtschaftlichen Betrieben. Hier kann sich Unachtsamkeit und Leichtsinns bitter rächen. Wo nämlich wirklich einmal der böse „Kurzschluß“ den Ausbruch eines Brandes verursacht (im allgemeinen ist dies jedoch viel seltener der Fall, als in den Zeitungen unter Brandberichten zu lesen ist), sind immer Fehler in der Installation, schadhafte Leitungen und gestaute Sicherungen schuld daran. Wer es hier veräumt, nach dem Rechten zu sehen, macht sich u. U. der fahrlässigen Brandstiftung schuldig.

Am besten vertraut man mit einer Nachschau der elektrischen Einrichtungen, die in landwirtschaftlichen Betrieben eigentlich alle Jahre vorgenommen gehört, einen beim Elektrizitätswerk zugelassenen Elektro-Installateur. Dieser ist allein der Fach-mann, der nicht nur für die Ausführung aller Neuinstallationen, Erweiterungen und Reparaturen zuständig ist, sondern der auch infolge seiner Sachkenntnis die Prüfung und Überwachung der gesamten elektrischen Anlage am zweckmäßigsten übernimmt. Wer so für den ordnungsmäßigen Zustand seiner elektrischen Anlage sorgt, der wird wirklich reine Freude an den Wundern der Elektrizität erleben, sich vor Mangel und Schaden bewahren und den Segen der Verwendung elektrischen Stromes in Haus und Hof täglich von neuem verspüren.

Verantwortlich für die Schriftleitung: P. Paul.
Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig

Bekanntmachungen der NSDAP.
Schar Hirmer und Broß
Donnerstag 8.30 Uhr antreten auf dem Marktplatz.
Der Sturmführer,

S.A.-Reitersturm
Zusammenkunft der S.A.-Reiter von Altensteig und Umgebung Donnerstagabend 1/8 Uhr im „Schwanen“.

Achtung Jungvolkführer!
Es fehlen mir noch einige Stärkemeldungen der Stand-orte, sowie die Anschriften der Führer. Nachmals fordere ich die Führer auf, diese Meldungen sofort zu machen, da sonst keine geordnete Arbeit möglich ist.
Am Freitag, 6. Oktober, ist um 1/7 Uhr nachmittags eine Besprechung aller Jungvolkführer des Oberamts. Treffpunkt: vorderer Seminargeingang. Erscheinen un-debtingt notwendig!

Brecht.

Letzte Nachrichten

Kommunist schießt S.A.-Mann nieder
Gelsenkirchen-Buer, 3. Oktober. In der Nacht zum Mittwoch, kurz vor Mitternacht, wurde der S.A.-Mann Josef Wollmann aus Erle in der Bismarckstraße von dem Kommunisten Montzinski aus Buer durch einen Unterleib-schuß lebensgefährlich verletzt. Auf die Schüsse eilten Schutzpolizeibeamte und S.A.-Männer hinzu und nahmen die Verfolgung des Schützen auf, der später festgenommen werden konnte. Die Pistole wurde in einem Hühnerstall gefunden. Der S.A.-Mann wurde dem Knappschaftsran-tenhaus zugeführt und ringt mit dem Tode. Die kriminal-polizeiliche Untersuchung wurde sofort aufgenommen.

Einberufung des preussischen Staatsrats
Berlin, 4. Oktober. Wie wir hören, ist der preussische Staatsrat zum 12. Oktober einberufen worden.

Die Österreichische Zugspitzbahn stellt ihren Betrieb ein
Zausbruck, 3. Okt. Die Österreichische Zugspitzbahn-A.G. hat, wie aus Ehrwald berichtet wird, zum 1. November dem gesamten Personal gekündigt. Die Bahn wird von diesem Zeitpunkt ab den Betrieb bis auf weiteres einstellen. Gleichzeitig wird das Personal der beiden Zugspitzbahnhofs entlassen werden, da auch der Pächter den Betrieb zu schließen gezwungen ist. Der Verkehr in diesem Sommer war auf der österreichischen Zugspitzbahn außerordentlich flau im Gegensatz zur bayerischen Bahn, die meist mit vollen Zügen verkehrte.

Geftorden
Calw: Marie Wenzel.
Mitteltal-Gertenbühl: Magdalene Fieffe geb. Braun.

Wetter für Donnerstag
Der über Nordeuropa liegende Tiefdruckwirbel hat seinen Einfluß bis nach Deutschland vorgeschoben. Für Donner-sag ist meist wolfiges, aber nur zu vereinzelten Niederschlä-ten geneigtes Wetter zu erwarten.

Bezirks-Obstbau-Verein Nagold.

Am 15. Oktober findet in Herrenberg der diesjährige Württ. Obstbautag statt, verbunden mit einer großen

Obst- u. Geräteausstellung

Alle Freunde des Obstbaus werden hiemit herzlich einge-laden die glänzlich zu erreichende Veranstaltung zu besuchen. Mitglieder des Bezirks-Obstbau-Vereins, die sich daran beteiligen wollen, melden sich bei ihrem Ortskassier zwecks Abgabe von Ausweisen bis 8. Oktober an. (Unkostenzuschuß für Mit-glieder MIt. 1.—).

Vorstand Walz, Oberamtsbaumwart.

Bei genügender Beteiligung ist ab Altensteig Autobahnführung vorgezogen. Anmeldung dieserhalb an Obigen bis 10. Oktober.

Ihre beste Freundin
Hella
Beyers Frauen-Illustrierte für 20 Pfennig wöchentlich bunt, billig, bildend
Romane und Novellen packend und lebenswahr — Theater- und Film- vor und hinter den Kulissen — Lebensfragen, zeitlich und beispielgebend — Mode und Kleider schön und praktisch — Schönheitspflege, Hauswirtschaft, Handarbeiten
Beyer — der Verlag für die Frau, Leipzig C1 - Berlin
Zu beziehen durch die Buchhandlung Lauk, Altensteig und Nagold

Der neue amtliche

Sachsenfahrplan

für Württemberg und Hohenzollern gültig ab 8. Oktober
ist erschienen und zum Preis von 40 Pfennig zu haben in der

Buchhandlung Lauk
Altensteig und Nagold.

Wenn

man etwas verkauft, vermietet oder ver-pachtet oder etwas sucht, so bringt man eine Anzeige in der

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“.
Die große Verbreitung in allen Bevölkerungs-schichten sichert einen guten Erfolg.

Kammerjäger Strohm kommt in einigen Tagen hierher sowie Umgebung und verteilt unter schriftlicher Garantie

Wanzen Matten Käufe Käfer usw. Anerkennungs-scheine sind zu Diensten. Distrikte zugesichert. Bestellungen sofort erbeien an die Verkaufsstelle des Blattes.

Ganz neu!

ROBERT BÜCHELER Der praktische Möbel-Schreiner

Das Werk, das die praktische und theoretische Erfahrung eines Men-schenlebens enthält! — Das Fach-buch, dem Tausende den Aufstieg ihres Geschäfts verdanken!
Auch Sie brauchen das Buch! Bestellen Sie es sofort zu den Vorzugsbedingungen!

Handbuch für die gesamte Praxis der Schreinerei. Sechste, erweiterte und voll-ständig umgearbeitete Auflage. 540 Seiten in großem Format, mit 763 Abbildungen und 16 Tafeln.

Das Buch kostet **RM. 26.-**
Es wird ohne Preisauflschlag in Monatsraten von **nur RM. 4.-** geliefert.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung Lauk** Altensteig und Nagold.

Bestellungen auf Silberkraut und Gelberüben

erbitet
Helarich Bals, Gärtnerei
Altensteig, Telefon 316.

Schöne
5 Zimmer-Wohnung hat zu vermieten.
M. Schulerle, Altensteig.

Altensteig
Einige Wagen

Dung können abgeben
Bech & Ziegler.